

Regierungsrat soll seinen Blick auf Steuerhinterziehung richten

Der Kanton will prüfen, wie er Steuerhinterziehung besser bekämpfen kann. wie viel Geld tatsächlich am Fiskus vorbeigeschmuggelt wird, ist indes unklar.



Finanzdirektorin Beatrice Simon wehrte sich gegen die Forderung, das Ausmass der Steuerhinterziehung abzuschätzen: «Das ist unrealistisch». Bild: Adrian Moser

In der Not frisst der Teufel Fliegen. Bisher war der Grosse Rat nie auf die Idee eingegangen, den Hebel bei Steuersündern anzusetzen. Gelegenheit dazu hätte es gegeben: Vor fünf Jahren hatte Grossrat Andreas Hofmann (SP, Bern) im Rahmen der Sozialmissbrauchsdebatte den Spiess umgedreht und nach «Scheinhungerleidern» gefragt. Steuerverwaltung, Regierung und Grosser Rat blieben damals gelassen: Die Steuermoral sei gut, bestehende Kontrollen reichten aus.

Nun hat es Hofmann zusammen mit Beatrice Stucki (SP, Bern) erneut versucht. Ihre Motion fordert Schätzungen zum Ausmass der Steuerhinterziehung sowie ein Massnahmenpaket zur verstärkten Bekämpfung derselben. Und siehe da: Diesmal wurde der Vorstoss überwiesen – allerdings «nur» als Postulat und ohne den Punkt, der die Schätzung betrifft.

Mit dem Titel «Schluss mit Steuerbeschiss – Schluss mit Diebstahl am Volk» und dem Ton des Vorstosses bekundeten etliche Grossratsmitglieder Mühe. Dieser sei «allzu populistisch», sagte SVP-Fraktionschef Peter Brand (Münchenbuchsee). Es gebe auch Untersuchungen, die belegten, dass die Steuermoral in der Schweiz gut sei. Anders tönte es bei der Linken: «Wir haben im Kanton Bern nicht ein Problem von zu hohen oder zu niedrigen Steuern, sondern ein Problem mit der Steuerhinterziehung», sagte Roland Näf (SP, Muri). Urs Muntwyler (Grüne, Bern) forderte, es gelte «die Hausaufgaben auch auf der Einnahmenseite» zu machen. Je nachdem, wie gross das Potenzial sei, könne dies im Hinblick auf das Sparpaket ASP 14 «matchentscheidend» sein.

«Veränderte Situation»

Motionär Hofmann liess die mehrfach geäusserte Kritik nicht gelten, es sei nicht möglich, etwas zu schätzen, das gar nicht erkennbar sei. Bei der Sozialmissbrauchsdebatte sei die damalige Berner Gemeinderätin Edith Olibet von

Von Dölf Barben 27.03.2013

Artikel zum Thema

Mehr Steuern für ausländische Künstler und Sportler

Der Grosse Rat will, dass Sportler und Künstler aus dem Ausland für ihre Auftritte in Bern mehr Abgaben bezahlen müssen. Er hat dem Regierungsrat einen entsprechenden Vorstoss überwiesen. [Mehr...](#)

26.03.2013

Kantonsparlament entlastet kleine Bauernbetriebe bei den Steuern

Der bernische Grosse Rat hat am Dienstag das revidierte Steuergesetz in zweiter Lesung verabschiedet. [Mehr...](#)

26.03.2013

Die überraschend bürgerfreundliche Steuerverwaltung

Wer zu hohe Steuerraten berappen musste, wird vom Kanton Bern grosszügig entschädigt. [Mehr...](#)

Von Dölf Barben 22.02.2013

Bürgerlichen dazu gedrängt worden, Zahlen zu nennen, sagte er. «Bei den Steuern fehlt dieser bürgerliche Druck.» Es gehe nicht allein um Mehrerträge, wenn Steuerhinterziehung bekämpft werde. «Ebenso werden die ehrlichen Steuerzahler von der Vorstellung befreit, die Deppen im Umzug zu sein.»

Finanzdirektorin Simon wehrte sich allein gegen die Forderung, das Ausmass der Steuerhinterziehung abschätzen zu müssen: «Das ist unrealistisch.» Sie hatte aber nichts dagegen, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen: «Wir haben eine veränderte Situation.» (db) (Der Bund)

(Erstellt: 27.03.2013, 15:25 Uhr)
